

SVU 14 : die Übung, die keine sein wollte

Autor(en): **Thomann, Eugen**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **181 (2015)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **18.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-513441>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

SVU 14 – die Übung, die keine sein wollte

Die Sicherheitsverbandsübung 14 ist Geschichte. Die Auswertung läuft, und Mitte 2015 bereitet ein Bericht die Ergebnisse auf. Darum müssen ein paar erste Eindrücke genügen.

Eugen Thomann, Redaktor ASMZ

Der im letzten Sicherheitsbericht vorgezeichnete «Sicherheitsverbund Schweiz» (SVS) schlug eine neue Seite der schweizerischen Sicherheitspolitik auf. Die strikt paritätische Zusammenarbeit von Bund und Kantonen, belebt von einer kleinen, mehr vermittelnden als koordinierenden Organisation – mit der gewöhnungsbedürftigen Abkürzung KKM für «Konsultations- und Koordinationsmechanismus» – brachte schon einige Fortschritte auf verschiedenen Gebieten zuwege, ohne grosse öffentliche Aufmerksamkeit.

Ins Rampenlicht trat sie im November 2014 mit der SVU 14. Den Auftrag erteilte die «Politische Plattform des KKM SVS», gebildet aus vier Magistraten, nämlich den Spitzen von VBS und EJPD sowie den Präsidenten der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren und der Regierungskonferenz für Militär, Zivilschutz und Feuerwehr. Die von Botschafter Toni Frisch, dem früheren Leiter des Schweizerischen Korps für Humanitäre Hilfe, souverän geführte SVU 14 sollte die Krisentauglichkeit des SVS erproben und Antworten auf fünf Fragen finden:

1. Kann die Organisation mehrere Ereignisse gleichzeitig bewältigen?
2. Wie arbeiten Bund und Kantone zusammen?
3. Sind die Krisenorgane ihrer Aufgabe gewachsen?
4. Genügen Technik und Infrastruktur in der Krise?
5. Sind die Verantwortlichkeiten ausreichend geregelt?

Das als «Turngerät» aufgebaute Doppelszenario war von Anfang an öffentlich bekannt: Unmittelbar nach einem «Black-out» wirkte eine Strommangellage (70 Pro-

Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden in der SVU 14

Herr Meier, welche Aufgabe erfüllten Sie als Moderator der Arbeitsgruppe «Öffentliche Sicherheit» im Rahmen der SVU?

Nachdem die Kantone in der ersten Woche die eigene Lage und ihre Bedürfnisse analysiert hatten, galt es während der zweiten Woche im Modul «Notlage» die Ergebnisse auszuwerten. Die Teilnehmer hätten den gesamten Hilfsbedarf eruieren, gegenseitig abstimmen und einen einheitlichen Lösungsvorschlag zuhanden des Bundes erarbeiten sollen. Grundlage bildeten die qualitativ sehr unterschiedlichen Analysen der Kantone. Äusserst aufschlussreich war jene des Interkantonalen Polizeistabs, die auch strategische Fragen der Leistungserbringung ansprach.

Stärker als die operativen Probleme drängte sich jedoch die Diskussion der «hinkenden» Prozesse und Strukturen in den Vordergrund. Sie wirkten auf die Teilnehmer der Arbeitsgruppe unvollständig und zu wenig klar definiert; entspre-

chend viel Mühe bereiteten die Schnittstellen.

Die Arbeitsgruppe schlägt vor, im Bereich des Bevölkerungsschutzes ähnliche Strukturen zu schaffen, wie sie die Polizei kennt.

Die Kantone wären in Regionen zusammenzufassen und aus den Regionen würde ein gemeinsamer landesweit zuständiger Führungsstab gebildet. Die Regionen sollten sich mit den vier Polizeikonkordaten räumlich decken und natürlich auch die Kantone Zürich und Tessin einbinden, die keinem Polizeikonkordat angehören. Verständnis bekundete der hochrangige Armeevertreter für den Wunsch, die

Grenzen der Territorialregionen ebenfalls anzupassen.

Drei Ziele schälte die Arbeitsgruppe heraus:

- Die Führungsstäbe des Bevölkerungsschutzes, der Polizei und der Armee müssen auf Augenhöhe diskutieren und für den Bund gemeinsame Anträge ausarbeiten;

- Die Kantone sind angewiesen auf einen «Single Point of Contact» des Bundes. Wie es ein Teilnehmer ausdrückte: Unter einer Telefonnummer müssen alle in der Krise wichtigen Bundesstellen zu erreichen sein;
- Keinen Aufschub duldet ein Lageverbund Schweiz. Den speisen alle möglichen Stellen, und daraus schöpft jede akkreditierte Funktion, was sie an Nachrichten benötigt. – In diesem Punkt zeichneten sich schon vor der SVU Fortschritte ab.

Welche Verbesserungsmöglichkeiten halten Sie für die wichtigsten?

In der Pflicht sehe ich vor allem die «Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz, Feuerwehr». Sie sollte zusammen mit den Kantonen rasch die parallelen Strukturen aufbauen. Die Erkenntnisse der SVU dürfen nicht versanden, und die nächste Übung soll nicht wieder am gleichen Ort anfangen müssen. Künftige Übungskonzepte sollten dafür Sorge tragen, dass die Teilnehmer sich der gespielten Lage wirklich mit aller Konsequenz bewusst werden. Das traf dieses Mal nicht zu.

Peter-Martin Meier, lic. phil. I, Rechtsagent, eMBA UZH, Direktor des Schweizerischen Polizei-Instituts 2005–2013, Oberst i GSt, ist als Berater tätig.



Moderator Peter-Martin Meier.

Bild: ASMZ



Die Mitglieder der Politischen Plattform in der SVU 14 (v. l. n. r. RR H.J. Käser, KKJPD, BR S. Sommaruga, EJPD, BR U. Maurer, VBS, RR N. Gobbi, MK MZF). Bild: VBS

zent der eigentlich erforderlichen Menge verfügbar) nach, während ein bisher unbekanntes Grippevirus eine Pandemie heraufbeschwor.

Keine herkömmliche Übung

Nach 17 Jahren kamen die Krisenorgane des Bundes und der Kantone endlich wieder auf den Prüfstand, und zwar unter Annahmen, die sich als sehr komplex erwiesen – und damit manchen Teilnehmern doch eine Überraschung bescheren. Weil alles auf der strategischen und der operativen Ebene stattfand, verzichtete man auf ein Nachrichtenspiel mit fingierten Einzelmeldungen.

Während dreier Wochen fanden in verschiedenen Gremien Diskussionen und Seminare statt. In organisierten Stäben arbeiteten ausser den kantonalen Führungsorganisationen die Armee – mit dem Militärstrategischen Stab, dem Führungsstab und den Stäben der Territorialregionen unter der persönlichen Leitung des CdA – und die Polizei.

Schon in den vorangegangenen Monaten hatten die ausnahmslos mitwirkenden Kantone wie die wichtigsten eingebundenen Bundesstellen und Betreiber (z. B. SBB) anhand des Szenariorahmens die eigene Lage erarbeitet, unter einander ausgetauscht und ergänzt. Dabei hatten sich alle auf die Sachbereiche der Mobilität, der Versorgung und Entsorgung, des Gesundheitswesens und der öffentlichen Si-

cherheit zu konzentrieren und dabei ihr Augenmerk auf Information und Kommunikation, Koordination und Führung sowie Ressourcenmanagement zu richten. Die drei Übungswochen ermöglichten

- den Kantonen das Definieren ihrer Bedürfnisse;
- dem Bund, diese zu beurteilen, seine Unterstützungsmöglichkeiten nach Prioritäten zu ordnen, die eigenen Abläufe und den Handlungsbedarf zu klären;
- den Kantonen wiederum das Auswerten der bisherigen Ergebnisse.

Die Stäbe der Armee wirkten auf kantonalen wie eidgenössischer Stufe mit und überprüften die eigenen Prozesse. Parallel lief die Arbeit an den Pandemieplänen des Bundes und der Kantone.

Erste Erkenntnisse

Nicht alle Teilnehmer erfassten die Lage in der vollen Konsequenz, blickten in alle Abgründe. Das erstaunt angesichts der Komplexität nicht; eine künftige Übung kann dem mit einem gezielten Controlling vorbeugen oder im Rahmen eines Nachrichtenspiels mit geeigneten Ereignismeldungen begegnen.

Wie lauten die fünf Antworten voraussichtlich? Auf ein ziemlich klares erstes «Ja» folgen vier «Jein», die erheblichen Handlungsbedarf anzeigen. Das bildet nicht Grund zur Klage, sondern stellt der SVU 14 ein gutes Zeugnis aus.

Schwer tun sich die föderalistisch gesinnten Eidgenossen vor allem mit der Führungsstruktur. Dass Entscheide von Tragweite auf der politischen Ebene des

Bundesrates oder der Kantonsregierung fallen müssen, bestreitet niemand. Sie wollen aber vorbereitet sein, indem eine Stabsstruktur Optionen und Alternativen anbietet. Daran fehlt es oberhalb der kantonalen Ebene noch; es scheinen – nach wie vor – alle Führung zu verlangen, aber keinen Chef zu wollen. – Damit hängt wohl auch zusammen, dass dem Delegierten des SVS, André Duvillard, niemand die Rolle des Krisenmanagers zuordnen mochte. Das schadet insofern nicht, als die einstweilen erst provisorisch eingerichtete Funktion sich in der normalen Lage als wertvoll erwiesen hat, gleichsam vor und nach der angenommenen Krise.

Zudem tut regionale Koordination not, damit schon innerhalb der Region Kräfteausgleich stattfindet; Armee und Polizei kennen einerseits Territorialregionen, andererseits Polizeikonkordate, doch decken sich deren Grenzen nicht.

Welche Einsichten die Beteiligten im Gesundheitswesen und über das Auffangen einer Strommangellage gewannen, bleibt abzuwarten. Kritik war zu vernehmen an dem von OSTRAL, der Organisation für Stromversorgung in Ausserordentlichen Lagen, vorgesehenen zeitweiligen Abschalten ganzer Gebiete; dort hätten sämtliche Bezüger beispielsweise im vorangekündigten Wechsel acht Stunden Elektrizität beziehen können und dann vier Stunden lang ohne auskommen müssen. Manche Informatikeinrichtungen könnten das nicht verkraften, zumindest nicht in dieser dichten Folge, hiess es. Eine Nachfolge-Übung wird in stärkerem Masse private Betreiber einbeziehen, vom Finanzdienstleister über den Grossverteiler bis zum privaten Sicherheitsunternehmen.

Grosser Gewinn

Mit der SVU 14 begann der Aufbau einer neuen gesamtschweizerischen Übungskultur. Nach einer 17-jährigen Pause bedeutet das viel. Anders als früher beteiligten sich Entscheidungsträger aller staatlichen Ebenen, bis hin zu Mitgliedern des Bundesrates. Schon jetzt steht ausser Zweifel: Die SVU 14 tat einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Doch bei diesem ersten darf es nicht bleiben. ■